



Newsletter

Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung
für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe



© Fotostudio Liebhart

Sehr geehrte Damen und Herren,

kurz vor Beginn der hohen jüdischen Feiertage richtet die Welt den Blick auf den Nahen Osten. Der Terrorangriff der Hamas auf Israel vom 7. Oktober 2023 und der Verteidigungskrieg Israels an mehreren Fronten bestimmen und belasten das Leben der Menschen in Israel, in Gaza und im Libanon. Solidarität für jede Seite und Kritik an jeder Seite ist berechtigt, Empathie für alle zivilen Opfer ist angebracht.

Viele Fragen stehen im Raum: Etwa, ob und wann die Hamas die israelischen Geiseln freilässt. Ob und in welchen Fällen Israel in der Kriegsführung gegen die Hamas und die Hizbollah Fehler begeht. Tut Israels Regierung das Richtige, um die Geiseln freizubekommen? Wie stellen sich die Regierungen der Welt zu diesem kriegerischen Konflikt? Diese Fragen werden weltweit, auch in Is-

rael selbst, in der Politik und auf den Straßen gestellt.

Weltweit, auch in Europa, auch in Deutschland zeigte sich nach dem 7. Oktober massiv wie selten seit 1945 ungebremster Judenhass in Gestalt des israelbezogenen Antisemitismus. Objektivität wird häufig über Bord geworfen. Es gilt als gesetzt: Israel ist der Hort des Bösen schlechthin, Israel als Schlächter, Israel begeht Völkermord. Bemerkenswert: Linke, Rechte, Islamisten, Rechtsradikale, Verschwörungstheoretiker finden sich heute in diesen häufig pauschalen Angriffen zusammen.

Über vieles kann man sich nur wundern: Dass ausgerechnet an Hochschulen, den Orten der Kritik und Weltoffenheit, des Abwägens und Argumentierens, die Eiferer und Schwarz-Weißmaler an Raum gewinnen; dass Angehörige von Randgruppen sich pauschal gegen Israel wenden, das freieste Land im Nahen Osten; dass diejenigen, die anderswo kulturelle Aneignung anprangern, mit Palästinensertüchern demonstrieren gehen.

Völlig unerträglich und nicht hinnehmbar sind dabei Übergriffe auf deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger jüdischen Glaubens im Zusammenhang mit dem Krieg in Gaza in unserer Mitte. Die Schreier

In dieser Ausgabe lesen Sie:

Editorial.....	Titelseite
Israel-Reise im Juni 2024	2
Justiz geht gegen Judenhass entschieden vor - Gastbeitrag des Antisemitismusbeauftragten der Bayerischen Justiz.....	6
Antisemitismusbeauftragter fordert „Pro-Palästina-Camp“ zu untersagen - OB Reiter sieht keine rechtliche Handhabe dazu.....	8
Veranstaltungsankündigung: „Neue Wege für die antisemitismuskritische Bildung“.....	8
Europäischer Holocaustgedenktag für Sinti und Roma.....	10
Mit neuer Initiative verstärkt auf die Wirtschaft zugehen.....	11
4. Landestreffen „Jüdisches Leben in Bayern“	11
Parlamentarier unterstützen Kampf gegen Antisemitismus.....	13
Impressum	14

Der Beauftragte für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe

der Apokalypse, die Israel und jüdische Menschen pauschal und global als das Böse und Schuldige selbst voraussetzen, schaden der berechtigten Sache der palästinensischen Bevölkerung, ihren politischen Zielen in krasser Weise.

Für mich, ebenso für die bayerische Staatsregierung steht fest: Das Existenzrecht Israels als souveräner Staat muss Grundlage allen politischen Handelns sein. Ebenso haben die Palästinenser ein Recht auf Selbstbestimmung und Freiheit. In Deutschland, in Bayern muss die Freizügigkeit auch für jüdische Menschen und Organisationen gewährt und gegebenenfalls polizeilich und juristisch abgesichert werden – dies all denjenigen zur Mahnung, die verbale Vernichtungsphantasien unter den Schutz der

Meinungsfreiheit stellen wollen. Wie Sie aus diesem Newsletter ersehen, beschäftigt auch uns der Krieg im Nahen Osten täglich. Wir versuchen, an vielen Stellen aufklärend zu wirken und jüdische Menschen, jüdische Organisationen und Gemeinden zu unterstützen. Wir sind, das versichere ich Ihnen am Vorabend der hohen Feiertage, für Sie da.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein gesundes, ein glückliches, vor allem ein hoffentlich friedvolles neues Jahr. Schana Towa!

Ihr


Dr. Ludwig Spaenle
Staatsminister a.D.

Israel-Reise im Juni 2024 Auswirkungen des Massakers am 7. Oktober - Besuch des Antisemitismusbeauftragten in Israel



v.l.n.r.: Steffen Seibert und Dr. Ludwig Spaenle © GSAB

Der Bayerische Antisemitismusbeauftragte reiste im Juni zum zweiten Mal nach dem Terroranschlag am 7. Oktober nach Israel. Zahlreiche Eindrücke über die Stimmung im Land und die

großen Herausforderungen sammelte er, die die gegenwärtige Krise in der Region betreffen. In diesem schwierigen Klima hat sein Besuch große Wertschätzung erfahren.

Die israelische Gesellschaft ist schwer traumatisiert. Die Tragödie, dass über 100 Geiseln immer noch nicht heimgekehrt sind, ist das vorherrschende Thema für Politik und Gesellschaft. Den weltweiten Anstieg von Antisemitismus nehmen Israelis mit großer Sorge und wachsender Verzweiflung wahr. Sie fühlen sich gefangen zwischen der eigenen Realität, an mehreren Fronten islamistischen Terror bekämpfen zu müssen, und den antisemitischen Verschwörungsmethoden, die Israel als das größte Übel auf dieser Welt erscheinen lassen. Mit dem deutschen Botschafter Steffen Seibert tauschte sich Dr. Spaenle über die aktuelle Sicherheitslage in

**Über 100 Geiseln
immer noch nicht
heimgekehrt**

Israel aus. Er hob die Gefahr einer Eskalation im Norden des Landes hervor und die damit verbundenen dramatischen Auswirkungen für die gesamte Bevölkerung des Landes. Die Raketen aus dem Arsenal der libanesischen Terrororganisation Hisbollah würden nicht mehr von dem Abwehrsystem abgefangen werden können und auch Tel Aviv treffen. Seibert notierte, wie wenig Rationalität die Debatte über den Nahen Osten in Deutschland aufweise (v.a. mit Blick auf die Proteste an Universitäten).

Besuch der Gedenkstätte für das Massaker auf dem Nova-Festivalgelände

Auf seiner Israelreise besuchte der Bayerische Antisemitismusbeauftragte das Nova-Festivalgelände in der Nähe des Gazastreifens. Dieser Besuch hinterließ einen bleibenden Eindruck. Die Hamas-Terroristen ermordeten hier am 7.10. insgesamt mehr als 360 vor allem junge Festivalteilnehmer grausam. 40 wurden als Geiseln verschleppt. Auch kam es bei dem Terroranschlag zu entgrenzter sexualisierter Gewalt, die sich vor allem gegen Festivalteilnehmerinnen richtete. Auf dem Gelände ist bereits

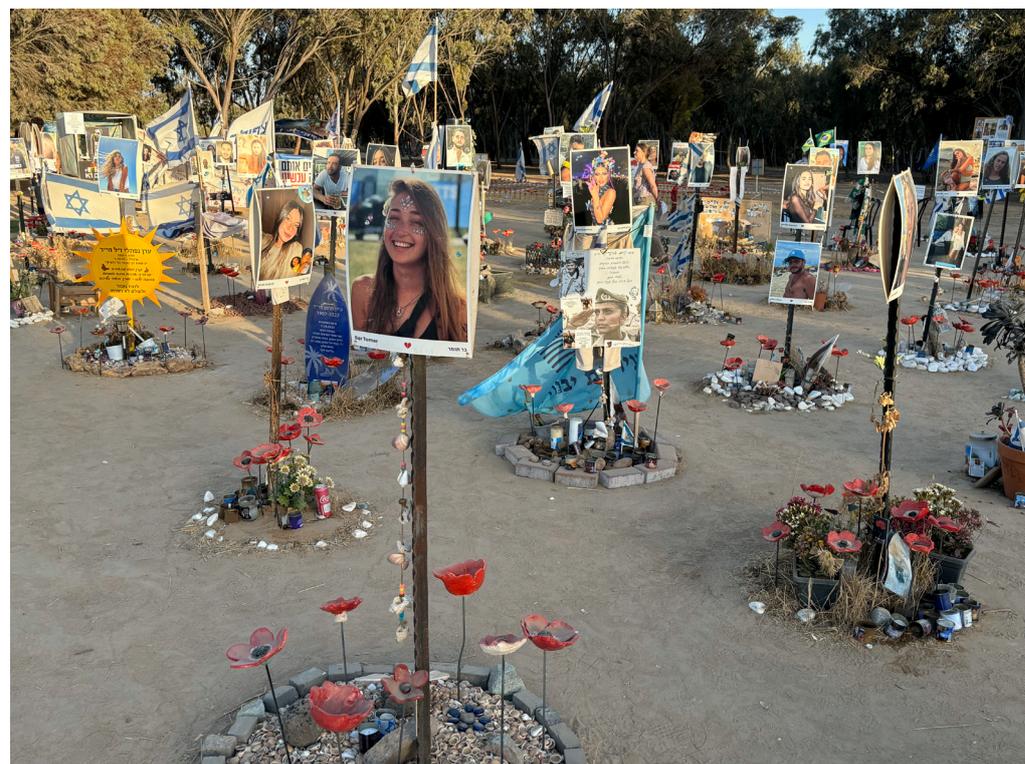
ein Gedenkort entstanden, der die große Zahl an jungen Opfern veranschaulicht.



Rami Davidian

© GSAB

Rami Davidian, ein Bewohner aus der Nachbarschaft, erzählte Dr. Spaenle von seiner heldenhaften Rettung von über 700 Festivalbesuchern. Ihn erreichten am 7.10. verzweifelte Nachrichten von Eltern, die ihn baten, ihre Kinder ausfindig zu machen und zu retten. In dem Gespräch wurde deutlich, wie sehr Davidian unter den Folgen des Erlebten leidet.



Gedenkstätte Nova-Festivalgelände

© GSAB

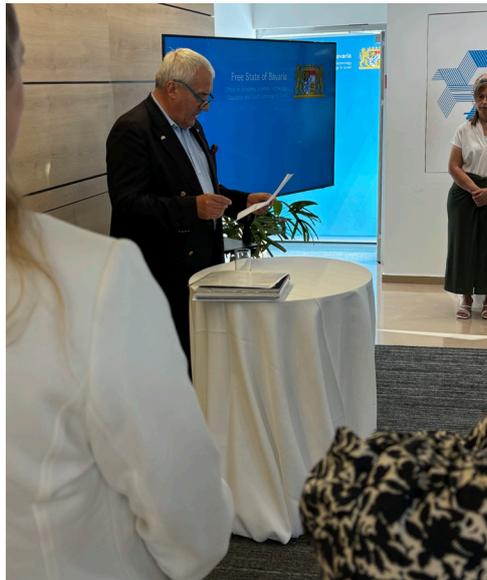
Der Beauftragte für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe

Kooperation der Bayerischen Polizei mit Yad Vashem angestoßen

Das Abkommen der Bayerischen Staatsregierung mit Yad Vashem vom 14.12.2023 wurde beim Austausch mit dem German Desk der Holocaust-Gedenkstätte konkretisiert. Insbesondere wurde ins Auge gefasst, gemeinsam spezielle Formate für die bayerischen Sicherheitsbehörden zu entwerfen – ein neuer Schwerpunkt neben dem Bildungsbereich.

Hierfür wurde im Anschluss eine Vernetzung der Bayerischen Polizei und Yad Vashem in die Wege geleitet. Die erste Veranstaltung zu den Themen „Einführung in Yad Vashem“ sowie „Was es bedeutet, jüdisch zu sein?“, soll noch in diesem Jahr stattfinden.

Restitution von Silberobjekten des Münchener Stadtmuseums



Grüßwort Dr. Ludwig Spaenle

© GSAB

Feierliche Restitution im Büro des Freistaats Bayern

In einer Kooperation mit der Landeshauptstadt München übernahm Dr. Spaenle die Rückführung von NS-entzogenen Objekten nach Israel. Das Stadtmuseum München erforscht gemeinsam mit dem Bayerischen Nationalmuseum die Provenienz von rund 200 Silberobjekten, die im Jahr 1939 jüdischen Deutschen entzogen wurden.

Die Restitution fand im Büro des

Freistaat Bayerns in Tel Aviv unter Anwesenheit des deutschen Botschafters statt. Die Rückgaben an zwei israelische Familien, deren Vorfahren ursprünglich aus München stammen, waren von tiefen Emotionen begleitet. Oft handelt es sich bei den Objekten um die einzigen Erinnerungsstücke, die von den im Holocaust ermordeten ehemaligen bayerischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern geblieben sind.



Überreichung der Silberkelche durch Dr. Regina Prinz vom Stadtmuseum München © GSAB

Ghetto Fighters Museum und Stadt Landsberg erweitern Zusammenarbeit

Im Norden Israels stattete der Antisemitismusbeauftragte Dr. Spaenle dem Ghetto Fighters' House Museum einen Besuch ab, das eine enge Kooperation mit der Stadt Landsberg am Lech pflegt. In dem ehemaligen Lager für jüdische „Displaced Persons“ in Landsberg, einem der größten DP-Lager in der amerikanischen Besatzungszone, wurden nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs Weichen für die Gründung des Staats Israel gestellt: Der spätere israelische Ministerpräsident David Ben-Gurion warb für seine Idee eines israelischen



v.l.n.r.: Direktor Yigal Cohen, Ghetto Fighters' House Museum in Israel, Oberbürgermeisterin Doris Baumgartl, Stadt Landsberg, und Dr. Ludwig Spaenle © GSAB

Staats. Viele Holocaust-Überlebende folgten seinem Ruf, darunter auch Überlebende des Warschauer Ghetto-Aufstands vom April 1943, die im Landsberger DP-Camp das Kibbuz „Lochamei HaGeta'ot“ (Ghettokämpfer) gründeten, in dem sich das Museum befindet.

Die Stadt Landsberg und der Verein Liberation Concert e.V. bemühen sich intensiv, die historische Situation im dortigen DP-Camp mit einem Erinnerungsort zu vermitteln. Dabei hilft die Partnerschaft zwischen der bayerischen Stadt und dem Ghetto Fighters' House. Die nördlich von Haifa gelegene Einrichtung existiert bereits seit 1949 und sammelt Objekte, Erinnerungsberichte, literarische und künstlerische Zeugnisse.

Im Rahmen eines Besuchs der israelischen Partner wurde am 23. Juli 2024 in Landsberg ein Memorandum of Understanding mit Schwerpunkt auf gemeinsamen Bildungsangeboten für junge Menschen unterzeichnet.

Mehr Israel-Studien für deutsche Universitäten als Ziel

Die Wissenschaftsministerinnen und Wissenschaftsminister der deutschen Länder riefen im Dezember 2023 dazu auf, die Israelforschung an

deutschen Hochschulen zu stärken und auszuweiten. Dr. Spaenle fordert hier mehr Engagement. In Deutschland gibt es lediglich in München und Heidelberg Stellen, die sich mit Israel-Studien auseinandersetzen. Eine Israel-Professur gibt es an keiner staatlichen Universität.

In einigen Bundesländern, darunter Bayern, ist die Geschichte des Nahostkonflikts in den schulischen Lehrplänen vorgegeben. Allerdings sehen sich viele Lehrkräfte für die Aufgabe nicht ausreichend ausgebildet.

Im Fokus der Israelforschung steht die wissenschaftliche und systematische Erforschung des Staates Israel und seiner Gesellschaft. Dazu gehören neben dem Nahostkonflikt auch die Zusammenhänge zwischen der deutschen Geschichte und der Gründung des Staates Israel, die Einwanderungsgeschichte und -kultur oder auch die wirtschaftliche Entwicklung zu einem der führenden IT-Standorte.

Um die Brisanz des Themas zu verdeutlichen, bereitet der Antisemitismusbeauftragte gemeinsam mit dem Zentrum für Israel-Studien an der LMU München eine wissenschaftliche Tagung unter dem Titel „Israel-Studien in Deutschland: Warum und wie?“ vor.

jg

Der Beauftragte für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe

Justiz geht gegen Judenhass entschieden vor

Seit dem Terroranschlag der Hamas am 7. Oktober 2023 werden in Deutschland verstärkt antisemitische Straftaten registriert. Bayerische Staatsanwälte haben seither 318 Ermittlungsverfahren im Kontext des Kriegs zwischen Israel und der terroristischen Vereinigung Hamas eingeleitet – ein Großteil davon war antisemitisch motiviert. Nach einer vorläufigen Auswertung der Polizei wurden zwischen dem 7.10.2023 und dem 30.6.2024 insgesamt 517 antisemitische Straftaten registriert, davon 292 aus dem Kontext des Kriegs zwischen Israel und der Hamas.

Nach dem Terrorangriff der Hamas vom 7.10.2023 war es wichtig, für alle bayerischen Staatsanwaltschaften einheitliche Kriterien für Straftaten im Kontext des Krieges mit der Hamas zu definieren. Wie geht man mit Menschen um, die am Tag des Angriffs der Hamas als Zeichen der Freude Süßigkeiten verteilen? Wie mit Personen, die bei einer Pro-Palästina-Demonstration eine israelische Fahne verbrennen? Oder: ist es strafbar, die Parole „from the river to the sea Palestine will be free“ – ein Erkennungszeichen der Hamas – öffentlich zu verwenden? Zu dieser Parole ist im Juli 2024 eine der wohl ersten strafgerichtlichen Entscheidungen bundesweit zur Strafbarkeit rechtskräftig geworden. Das Amtsgericht Sonthofen hat den Angeklagten in einem Strafbefehl wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen schuldig gesprochen und eine Geldstrafe von 2700 € verhängt. Der Angeklagte hatte auf der Nachrichten-Plattform X die Parole „from the river to the sea Palestine will be free“ verwendet. Die Frage der Strafbarkeit dieser Parole ist bundesweit umstritten. Die bayerischen Staatsanwaltschaften verfolgen den Gebrauch der Parole als Straftat.

Das Gericht hat diese Linie rechtskräftig voll bestätigt.

Gemeinsam mit den Antisemitismusbeauftragten der Generalstaatsanwaltschaften Bamberg, München und Nürnberg hat der Zentrale Antisemitismusbeauftragte der Bayerischen Justiz einheitliche Regeln zur Rechtsanwendung in diesen Fällen niedergelegt. Das Innenministerium hat diese Maßgaben wiederum an alle Polizeidienststellen in Bayern versandt. Wir waren daher innerhalb kurzer Zeit insoweit so gut aufgestellt, dass auch die Polizeibeamten bei Demonstrationen Handlungssicherheit hatten.

Gemeinsam mit der bayerischen Polizei haben wir am 21.11.2023, also kurz nach dem terroristischen Angriff vom 7.10.2023, einen bayernweiten Aktionstag gegen antisemitische Straftaten durchgeführt. In 17 Wohnungen in ganz Bayern haben Polizei und Staatsanwaltschaft Durchsuchungsbeschlüsse vollzogen und Beweismittel sichergestellt.

Ein Teil dieser Verfahren konnte bereits rechtskräftig abgeschlossen werden. Gegen einen 37jährigen Mann verhängte das Amtsgericht München 2 Wochen nach dem Aktionstag eine Geldstrafe von 90 Tagessätzen a 60 Euro (insgesamt damit 5.400 Euro) wegen Volksverhetzung. Der Angeklagte hatte in den sozialen Medien den Terrorangriff der Hamas gutgeheißen und wörtlich geschrieben, dass die „jüdischen Söhne abgeschlachtet und ausgelöscht“ gehörten. Darunter postete er „free Palestine“. Das Urteil ist rechtskräftig.

Einen weiteren Angeklagten verurteilte das Amtsgericht München u. a. wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe von 180 Tagessätzen zu je

**Gastbeitrag des
Antisemitismusbeauftragten
der Bayerischen Justiz,
Andreas Franck**



Der Autor

Andreas Franck ist seit dem 1. Oktober 2021 Zentraler Antisemitismusbeauftragter der Bayerischen Justiz. Er ist bayernweit zuständig für die Verfolgung antisemitischer Straftaten. Gemeinsam mit einem Team von Spezialstaatsanwälten an allen 22 bayerischen Staatsanwaltschaften ermittelt und verfolgt der Antisemitismusbeauftragte der Bayerischen Justiz jüdenfeindliche Kriminalität. In Fällen von erheblicher Bedeutung kann er bayernweit Verfahren an sich ziehen. Insbesondere die einheitliche Rechtsanwendung in ganz Bayern und die Koordinierung umfangreicher Ermittlungsverfahren gehören zu seinen Aufgaben.

35 Euro (6.300 Euro). Er hatte in den sozialen Medien wörtlich gepostet: „Ich könnte alle Juden töten Aber ich habe einige am Leben gelassen um euch zu zeigen wieso ich sie getötet habe“. Darunter ist eine Palästina Flagge und "Free Palestine" abgebildet.

Daneben klagte der Zentrale Antisemitismusbeauftragte der Bayerischen Justiz unter anderem einen Münchner Imam wegen Billigung von Straftaten an. Das Amtsgericht verurteilte letzteren am 10.06.2024 rechtskräftig zu einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen

zu je 50 Euro (insgesamt 4.500 Euro). Der Angeklagte hatte am 07.10.2023, wenige Stunden nach dem Terrorangriff der Hamas in den sozialen Medien gepostet, dass jeder seine Art habe, den Oktober zu feiern – versehen mit einem lachenden Smiley.

Dies sind nur einige Beispiele unserer Tätigkeit. Wir werden sie mit nicht nachlassendem Engagement fortsetzen, denn unsere Botschaft ist sehr klar: Antisemitismus darf in Bayern keinen Platz haben.



Foto: Krystyna Kowalska (*1931)
© Lydia Bergida & Marco Limberg

Bayerisches Staatsministerium der Justiz



Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe



AUSSTELLUNG

Auf derselben Seite Die Letzten der »Gerechten unter den Völkern« Fotografien von Lydia Bergida und Marco Limberg

Lydia Bergida und Marco Limberg porträtieren in ihrer Ausstellung einige der letzten lebenden „Gerechten unter den Völkern“. Die vom Yad Vashem Institut geehrten Personen, die während des Nationalsozialismus verfolgte jüdinnen und Juden retteten, sind Zeuginnen und Zeugen unserer Zeit. Sie stehen für Menschlichkeit und Zivilcourage und erinnern uns daran, Verantwortung für das Hier und Jetzt zu übernehmen. Die Porträts und fotografischen Erzählungen sind ab 13. September 2024 im Lichthof des Münchner Justizpalastes zu sehen.

Ausstellung 13. September bis 15. November 2024
Montag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr, Freitag 9 bis 14 Uhr
Eintritt frei | Ausweis erforderlich

Justizpalast München | Prielmayerstr. 7 | 80335 München | U-Bhf. Karlsplatz (Stachus)
Tel.: 089 5597 -01 | www.justiz.bayern.de/ministerium

Mit freundlicher Unterstützung von

BRODT FOUNDATION
GEMEINNÜTZIGE STIFTUNG

förderverein
ns-doku
münchen

Der Beauftragte für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe

Antisemitismusbeauftragter fordert „Pro-Palästina-Camp“ zu untersagen - OB Reiter sieht keine rechtliche Handhabe dazu

116 antisemitische Vorfälle aus dem Palästina-Camp registriert

Der Antisemitismusbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung Dr. Ludwig Spaenle hat den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München in einem Schreiben aufgefordert, die Genehmigung für das „Pro-Palästina-Camp“ an der LMU zu widerrufen. Seit den Entscheidungen der Verwaltungsgerichte habe sich die Lage dramatisch verändert. „Jüdische Menschen in Deutschland leben in Angst. Der Terroranschlag der Hamas vom 7. Oktober und seine Folgen haben ihnen den Boden unter den Füßen weggezogen“, so Dr. Spaenle. Die Anzahl der antisemitischen Straftaten in Deutschland wie auch in Bayern ist seit dem 7. Oktober auf dramatische Rekordwerte angestiegen. Zum „Pro-Palästina-Camp“ verweist Dr. Spaenle auf Fakten: „Wir erhalten von jüdischen und nichtjüdischen Bürgerinnen und Bürgern immer wieder Hinweise auf antisemitische Propaganda und gewalt- und terrorverherrlichende Botschaften, die aus dem Camp vor der Ludwig-Maximilians-Universität heraus verbreitet werden. RIAS Bayern hat bis heute 116 antisemitische Vorfälle ausgehend

vom sogenannten Palästina-Camp registriert“.

„Diese Bedrohung richtet sich gegen uns alle: gegen unsere freiheitliche Lebensweise und unsere politische Ordnung“, so der Antisemitismusbeauftragte.

OB-Reiter bekundete in dem mehrseitigen Antwortbrief sein „uneingeschränktes Verständnis für die Sorge der jüdischen Gemeinden in Deutschland“. Er versicherte, dass er „mit allen politischen und zulässigen rechtlichen Mitteln gegen unverhohlenen geäußerten Hass und Hetze gegen Juden“ vorgehe, ohne jedoch die „hohe Bedeutung der Versammlungsfreiheit für unsere repräsentative Demokratieform“ und die Meinungsfreiheit in Frage zu stellen.

Es sei der Landeshauptstadt München nicht möglich, die „nicht strafbaren Inhalte, auch wenn sie falsch, verschwörungstheoretisch und hetzerisch sind“, sowie die „propalästinensische Dauerversammlung“ vor der LMU zu verbieten. Da sei sich die Stadt mit dem Bayerischen Innenministerium in der juristischen Bewertung einig. lu

Veranstaltungsankündigung: „Neue Wege für die antisemitismuskritische Bildung“

Die Welle an antisemitischem Hass seit dem 7. Oktober macht vor den Schulen nicht Halt. Auch in Bayern schildern jüdische Familien drastische Erfahrungen von Anfeindung und mangelnder Sensibilität von Verantwortlichen. Gleichzeitig bleibt schulische und außerschulische Bildung der richtige Weg, um Antisemitismus zurückzudrängen. „Kein Mensch kommt als Antisemit auf die Welt.“ Der Satz von Zentralratspräsident Dr. Josef

Schuster ist auch ein Appell an alle im Bildungsbereich Tätigen, über bisherige Wege nachzudenken, Erreichtes zu bilanzieren, aber auch Defizite und neue Herausforderungen zu erkennen und sich ihrer mit aktueller Expertise anzunehmen.

Die Veranstaltung des Antisemitismusbeauftragten „Neue Wege für die antisemitismuskritische Bildung“ widmet sich dieser Aufgabe. Aktuel-

le Ansätze antisemitismuskritischer Arbeit – die Bedeutung von Selbst-reflexion und biografischer Arbeit, von Digitalität und Migration, das Einbeziehen von jüdischen Perspektiven und die Berücksichtigung der Heterogenität der Lernräume – stehen dabei im Mittelpunkt. Institutionen und Projekte wie das Zentrum für antisemitismuskritische Bildung an der Universität Würzburg und dessen Qualifizierung von Lehramtsstudierenden sollen bei der Veranstaltung vorgestellt werden.

Nach einem einführenden Vortrag von dem Erziehungswissenschaftler und Antisemitismusforscher Prof. Dr. Doron Kiesel, Direktor der Bildungsabteilung beim Zentralrat der Juden in Deutschland, diskutiert eine Podiumsrunde das Thema aus Sicht staatlicher Akteure und zivilgesellschaftlicher Organisationen. Der Nachmittag ist dann Workshops gewidmet, die die Praxisanwendung und die Perspektiven der Teilnehmerinnen und Teilnehmern in den Mittelpunkt stellen.

Die Veranstaltung richtet sich insbesondere an Betroffene von Antisemitismus, an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus dem Bildungsbereich, an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Trägern antisemitismuskritischer Bildungsarbeit sowie an Lehrkräfte aller Fächer und Schularten.

Wenn Sie unter christoph.huber@stk.bayern.de Interesse signalisieren, werden Sie informiert, sobald die Anmeldung über die Homepage der Hanns-Seidel-Stiftung möglich ist. ch

„Kein Mensch kommt als Antisemit auf die Welt“

„Neue Wege für die antisemitismuskritische Bildung“

Veranstalter:
Antisemitismusbeauftragter in Kooperation mit der Hanns-Seidel-Stiftung

6. Dezember 2024, 10 – 16 Uhr

Hanns-Seidel-Stiftung,
Lazarettstr. 33, 80636 München

DIENSTAG, 8. OKTOBER 2024

19:00 UHR

BUCHPRÄSENTATION

»7. Oktober – Stimmen aus Israel« Vorstellung des Jüdischen Almanach 2024

»Der 7. Oktober 2023, der sogenannte »Schwarze Schabbat«, stellt für die Israelis eine Zäsur ohne Gleichen dar. Das schiere Ausmaß des Massakers der Hamas, die ungeheuerliche Brutalität, die Geiselnahmen und der darauffolgende Krieg, so lange wie noch keiner zuvor in der Geschichte des Landes, haben die gesamte Nation traumatisiert«, stellt die Sozialwissenschaftlerin und Publizistin Gisela Dachs fest.

Zum ersten Jahrestag gibt **Dr. Gisela Dachs**, Professorin am Europäischen Forum der Hebräischen Universität Jerusalem und seit 2001 Herausgeberin des Jüdischen Almanachs, gemeinsam mit **Dr. Gilad Shenhav**, Leiter des Zentrums für Israel-Studien an der Ludwig-Maximilians-Universität, einen Rückblick und eine Einordnung der Ereignisse vom 7. Oktober 2023 und ihrer Auswirkungen.

Begrüßung: **Irene Aue-Ben David**, Leo Baeck Institute - Jerusalem

Eintritt frei. Spenden willkommen.

Anmeldung erbeten: (089) 2024 00-491 bzw. per E-Mail: karten@ikg-m.de



Gisela Dachs © Leon Kahane



Veranstalter Antisemitismusbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung, Deutsch-Israelische Gesellschaft – AG München, Kulturzentrum der IKG München & Obb. und Zentrum für Israel-Studien / Lehrstuhl für Jüdische Geschichte & Kultur an der LMU

Veranstaltungsort: Jüdisches Gemeindezentrum, St.-Jakobs-Platz 18, 80331 München

Der Beauftragte für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe

Europäischer Holocaustgedenktag für Sinti und Roma

Antisemitismusbeauftragter Spaenle nahm am Treffen in Auschwitz teil



Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats der Sinti und Roma in Deutschland mit Ludwig Spaenle © GSAB

**Großer Themenbogen
zur Kultur und Geschichte
der Sinti und Roma**

Am 2. August jährte sich die barbarische Ermordung der letzten Sinti und Roma im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau zum 80. Mal. An der internationalen Gedenkveranstaltung in Auschwitz und Krakau nahm auf persönliche Einladung von Romani Rose, dem Vorsitzenden des Zentralrats der Roma und Sinti in Deutschland, Ludwig Spaenle als Vertreter der bayerischen Staatsregierung teil. Der bayerische Antisemitismusbeauftragte, zu dessen Aufgaben auch Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe gehören, fungiert seit seiner ersten Berufung 2018 auch als Ansprechpartner für Sinti und Roma, insbesondere für deren Landesverband in Bayern. Mit dessen Vorsitzendem Erich Schneeberger besteht ein steter Dialog. Insbesondere der Staatsvertrag zwischen der bayerischen Staatsregierung und dem Landesverband der Sinti und Roma und dessen Umsetzung sind zentraler Gegenstand der gemeinsamen Arbeit. Das mehrtägige Programm bot wis-

senschaftliche Symposien und Vorträge an der Jagiellonen - Universität in Krakau, einen beeindruckenden Konzertabend und vielfältige fachliche Begegnungen zum großen Themenbogen von Kultur und Geschichte der Roma und Sinti.

Der Empfang des Antiziganismusbeauftragten der Bundesregierung, Mehmet Daimagüler, setzte ein Zeichen der besonderen deutschen Verantwortung.



Ludwig Spaenle in der Gedenkstätte Auschwitz © GSAB

Höhepunkt der Tagung waren die Gedenkveranstaltungen an die letzte große Mordaktion an Sinti und Roma in der KZ Gedenkstätte Auschwitz und Auschwitz-Birkenau.

Die Anwesenheit der Bundestagspräsidentin Bärbel Bas, von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, Präsidentin des Bundesrats und von Staatsministerin Claudia Roth an der Spitze der großen deutschen Delegation setzte ein besonderes Zeichen der Verantwortung.

Is

Mit neuer Initiative verstärkt auf die Wirtschaft zugehen

Mit einer neuen Initiative will der Beauftragte für Jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, Dr. Ludwig Spaenle, verstärkt auf die Wirtschaft zugehen. Die bayerischen Unternehmen und ihre Verbände sieht Spaenle als natürliche Partner beim Einsatz gegen rassistische und antisemitische Vorurteile und für ein weltoffenes, diskriminierungsfreies Klima in Bayern und in Deutschland.

Zum Auftakt hat Spaenle zahlreiche der großen im Freistaat beheimateten Unternehmen angeschrieben und ihnen gemeinsame Aktivitäten und ein noch engeres Miteinander angeboten. Für den Beauftragten ist das Feld der Wirtschaft aus zwei Gründen besonders interessant: „Zum einen ist sie das natürliche Spielfeld von internationalem Austausch und weltweiter Zusammenarbeit. Und zum anderen sind die Unternehmen der Bereich, in dem Millionen von Arbeitnehmern einen Großteil ihrer Zeit verbringen.“ Spaenle und sein Team haben eingehend das sehr große Engagement analysiert, das viele bayerische

Unternehmen schon jetzt beim Einsatz für Menschenrechte und gegen Diskriminierung an den Tag legen. Viele Firmen und Konzerne, darunter Weltmarktführer und internationale Player ebenso wie der klassische Mittelstand, seien sich ihrer Verantwortung bewusst. Er habe eine Vielzahl entsprechender Initiativen der Weiterbildung, der Pflege von Firmen- und Diskussionskultur und auch der klaren Sanktionierung von Verstößen registriert, sagt Spaenle. Dies sei ein ermutigendes Zeichen der Hoffnung in schwieriger Zeit.

Spaenle will diese Aktivitäten nun intensivieren und durch Firmenbesuche, gemeinsame Aktionen und weitere Kontaktaufnahmen vorantreiben. Vom sehr umfassenden und durchweg positiven Echo aus der Wirtschaft und den Verbänden sei er regelrecht begeistert. Unternehmen und Interessenvertreter, die hierzu Anregungen, Vorschläge oder Wünsche haben, können sich sehr gerne jederzeit an die Geschäftsstelle des Beauftragten wenden. fm

**Positives Echo
aus der
Wirtschaft**

4. Landestreffen „Jüdisches Leben in Bayern“ Kulturarbeit als zentrales Element der Gesamtkonzeption Bayerns gegen Antisemitismus

Über 100 ehren- und hauptamtliche Tätige aus jüdischen Gemeinden, Kultureinrichtungen, Kommunen sowie Vereinen trafen sich Anfang Juni im Heimatministerium in Nürnberg. Das 4. Landestreffen „Jüdisches Leben in Bayern“ wurde gemeinsam vom Antisemitismusbeauftragten und vom Landesverein für Heimatpflege organisiert. Der Landesverein trägt seit diesem Jahr das „Netzwerk Jüdisches Leben & Erbe in Bayern“. Der Antisemitismusbeauftragte Dr. Ludwig Spaenle und der stellvertretende Vorsitzende des Landesvereins, Prof. Dr. Günter Dippold, betonten

die Bedeutung der Kulturarbeit zur Förderung jüdischen Lebens und als Maßnahme gegen Antisemitismus: Dr. Spaenle warnte: „Nach dem Terroranschlag der Hamas am 7. Oktober 2023 erleben Jüdinnen und Juden auch in Bayern wachsenden Antisemitismus.“ Das Gesamtkonzept der Staatsregierung gegen Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens biete gerade im Kulturbereich gute Präventionsinstrumente. Die politische Bedeutung des Themas wurde schon dadurch sichtbar, dass der Hausherr, Staatsminister Albert Föderer, persönlich ein Grußwort an die

Der Beauftragte für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe



Staatsminister Albert Füracker der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat

© GSAB

**Save the Date:
Nächstes Landestreffen
in Nürnberg
am 27. Juni 2025**

Versammlung richtete und dabei die vielfältigen Aktivitäten des Heimatministeriums profilierte. Prof. Dippold betonte: „Der Freistaat war Heimat für jüdische Familien, er ist es und er soll es bleiben.“ Deshalb sei der Landesverein gern bereit gewesen, die Arbeit des Netzwerks unter seinem Dach aufzunehmen. Das jährliche Treffen lieferte auch dieses Jahr spannende inhaltliche Impulse. So stellte Meyrav Levy von der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern ein Projekt vor, das jüdisches Erbe in bayerischen Museen besser sichtbar machen soll. Susanne Klemm vom Landesamt für Denkmalpflege stellte die Fortschritte bei der Erfassung jüdischer Grabmäler in Bayern vor – eines von mehreren Leitprojekten, das Dr. Spaenle im Rahmen des Festjahrs 2021 (1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland) angeregt hatte und das seither vom Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst gefördert wird. Eine weitere Fördermöglichkeit präsentierte Ekkehard Eisenhut vom Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Fürth-Uffenheim, der zahlrei-

che Projekte zu jüdischem Leben mit EU-Mitteln aus dem LEADER-Programm unterstützen konnte und den Anwesenden tatkräftige Hilfe bei der bürokratisch nicht ganz einfachen Beantragung solcher Mittel zusagte. Danach nutzten die Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Gelegenheit zum fachlichen Austausch und für die beim Markt der Möglichkeiten präsentierten Projekte. Für das nächste Landestreffen im Nürnberger Heimatministerium ist bereits der 27. Juni 2025 reserviert. uf



Meyrav Levy, Landesstelle für die nicht-staatlichen Museen in Bayern

© GSAB

Parlamentarier unterstützen Kampf gegen Antisemitismus

Dr. Spaenle Initiative, Kampf gegen Antisemitismus als Staatsziel zu verankern, stößt auf Beifall, aber auch Zurückhaltung

Antisemitismusbeauftragter Dr. Ludwig Spaenle fordert die Aufnahme der Förderung jüdischen Lebens und der Bekämpfung von Antisemitismus in die Bayerische Verfassung und das Grundgesetz. Grund sind die steigenden Zahlen antisemitischer Straftaten, die daraus resultierende Angst von Jüdinnen und Juden in Deutschland. Das 75-jährige Jubiläum des Grundgesetzes lädt aus seiner Sicht dazu ein, auch über eine Weiterentwicklung nachzudenken.

Im Mai hatte Ludwig Spaenle die Fraktionen der demokratischen Parteien im Bundestag und im Bayerischen Landtag in einem Schreiben darum ersucht, den Kampf gegen Antisemitismus als Staatsziel zu verankern. Die Reaktionen waren unterschiedlich: Bayerns Landtagspräsidentin Ilse Aigner unterstützt das Anliegen: Es sei „beschämend, dass jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern noch immer mit Hass begegnet wird“. Deshalb will sie für Bayerns Parlament Spaenles „Vorschlag, eine explizite Ächtung des Antisemitismus in unsere Bayerische Verfassung und auch das Grundgesetz aufzunehmen, ... selbstverständlich in die weitere Bearbeitung einfließen lassen“.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Friedrich Merz, dankt Dr. Spaenle für seine Initiative zum weiteren Kampf gegen Antisemitismus, vermutet allerdings, dass die Aufnahme einer zusätzlichen Staatszielbestimmung „Kampf gegen Antisemitismus“ nicht „wirklich Verbesserungen mit sich bringen würde“. Das Grundgesetz biete ein „weitreichendes und umfassendes Schutzkonzept“ gegen Antisemitismus. Diese Grundposition teilt Alexander Dobrindt, der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, kann allerdings den „verfassungsrechtlichen Ansatz“ von Ludwig

Spaenle gut nachvollziehen.

Dirk Wiese, der stellv. Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, teilt Spaenles Auffassung zum Schutz jüdischen Lebens, stellt allerdings fest, „dass Gespräche über Verfassungsänderungen bisher gescheitert seien“. Zu wenig Unterstützung für eine verfassungsrechtliche Verankerung des Kampfs gegen Antisemitismus notieren auch die Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen, Katharina Dröge und Britta Haßelmann. Die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit könne nur durch überfraktionelle Zusammenarbeit zustande kommen, die derzeit aber „zum Erliegen gekommen ist“.

Heidi Raschinek und Sören Pellmann von Die Linke im Bundestag sprachen sich gegen eine „explizite“ Aufnahme des Kampfes gegen Antisemitismus in das Grundgesetz aus. Diese erwecke den Eindruck, „dass andere Formen der Diskriminierung weniger schwerwiegend“ sind.

Dr. Spaenle verfolgt sein Anliegen weiter. Eine Verankerung des Schutzes jüdischen Lebens als Staatsziel hat für ihn nicht nur Symbolcharakter, sondern „verpflichtet alle staatlichen Einrichtungen zu konkretem Handeln – hier geht es um greifbares Tun.“ Im November wird er bei einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Tikvah Instituts in Berlin seine Forderung neuerlich darlegen und begründen.

lu

Beauftragter
der Bayerischen Staatsregierung
für jüdisches Leben und gegen
Antisemitismus,
für Erinnerungsarbeit
und geschichtliches Erbe

Dr. Ludwig Spaenle
Staatsminister a.D.

ANSCHRIFT:
Franz-Josef-Strauß-Ring 1
80539 München

TELEFON:
(089) 2165 2380

E-MAIL:
[Antisemitismusbeauftragter@
stk.bayern.de](mailto:Antisemitismusbeauftragter@stk.bayern.de)

PRESSE:
Presse.
[Antisemitismusbeauftragter@
stk.bayern.de](mailto:Antisemitismusbeauftragter@stk.bayern.de)

INTERNET:
[www.
Antisemitismusbeauftragter.
bayern.de](http://www.Antisemitismusbeauftragter.bayern.de)

Der Beauftragte für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe

**6. OKTOBER 2024
ODEONSPLATZ
16 UHR**



365 Tage 7. Oktober

**MÜNCHEN GEGEN
ANTISEMITISMUS!
NUR GEMEINSAM SIND WIR STARK**

Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung
für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus
für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe



Zu Rosch Haschana wünschen wir Ihnen und Ihren Familien
ein frohes, friedliches, gesundes glückliches neues Jahr.

Schana Towa!

Dr. Ludwig Spaenle, Staatsminister a.D.
und sein Team.

Verantwortlich:

Dr. Ludwig Spaenle
Staatsminister a.D.

Redaktion:

Ulrich Fritz
Dr. Ludwig Unger

Beiträge:

Ulrich Fritz
Andreas Franck
Dr. Julie Grimmeisen
Christoph Huber
Frank Müller
Dr. Ludwig Spaenle
Dr. Ludwig Unger

Bildnachweis:

Wie angegeben

Bildbearbeitung und Gestaltung:

Elke Kapell

Newsletter Oktober 2024